

Bauern stellen Ultimatum

Landwirtschaft Die Milchkäufer sollen per Anfang Juli die Preise erhöhen, fordern die Bauern. Sonst drohen Kampfmassnahmen. Die Industrie hat wenig Verständnis für dieses Vorgehen.

Maja Briner

Die Bauern begehren auf. Sie verlangen mehr Geld für ihre Milch. Die Lage auf dem Milchmarkt sei «desolat», sagt der Präsident des Schweizerischen Bauernverbands, der St. Galler CVP-Nationalrat Markus Ritter. «Noch nie wurde in der Schweiz so viel Geld verdient mit Milch wie heute – und doch können die Bauern ihre Rechnungen nicht bezahlen», kritisiert er.

«Jetzt muss zwingend etwas geschehen», doppelt Hans Freinach, der die Arbeitsgruppe Milch beim Bauernverband präsidiert. Für die Betriebe werde es langsam unerträglich, sagt Frei. Seit langer Zeit sei keine kostendeckende Milchproduktion mehr möglich. Der Bauernverband und der Verband Schweizer Milchproduzenten (SMP) rufen deshalb die Milchkäufer dazu auf, ab 1. Juli zumindest den festgelegten Richtpreis zu zahlen.

Kommen diese der Forderung nicht nach, drohen die beiden Verbände mit Kampfmassnahmen. Denkbar sind laut Ritter etwa Demonstrationen. Boykottaufrufe, wie sie jüngst gegen die Migros die Runde machten, lehnt er hingegen ab, da sonst Milch übrig bleiben würde. «Milch auszuleeren, kommt nicht in Frage», sagt Ritter.

Markt statt Staat

Die Milchpreise sind bereits seit einiger Zeit im Sinkflug. Der SMP wollte deshalb im vergangenen Jahr vom Bund Soforthilfe in Millionenhöhe fordern. Davon war gestern nichts zu hören: Nicht der Staat, sondern der Markt müsse es richten, lautete der Tenor bei der gemeinsamen Medienkonferenz von Bauernverband und SMP. «Wir müssen den Finger dort drauflegen, wo das Problem



Milchbauer Jean-Jacques Roch (links) bringt pro Tag zweimal 1000 Liter Milch in die Molkerei.

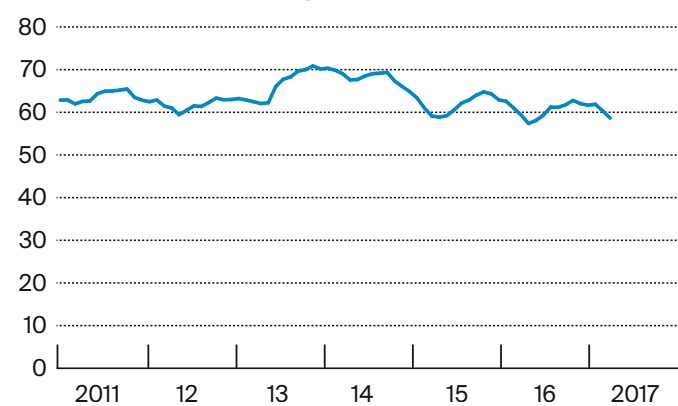
Bild: Gaëtan Bally/Keystone (Ballens, 17. Juni 2014)

liegt», sagt Ritter. Und dieses sieht er bei den Preisen, welche die Bauern von den Milchkäufern erhalten. Der Richtpreis für einen Liter Molkereimilch der höchsten Preisstufe beträgt aktuell 65 Rappen. Das ist nach Ansicht der Produzenten bereits wenig. Doch nicht mal dieser Preis werde eingehalten, kritisieren sie: Die effektiv bezahlten Preise liegen laut Ritter rund 4 Rappen unter dem Richtpreis.

Ein grosser Teil der gut 23 000 Milchproduzenten beliefert vier Firmen: Emmi, Cremo, Hochdorf und die Migros-Tochter Elsa. Bei ihnen stösst das Vorgehen der Bauern auf wenig Verständnis. Thomas Zwald, Gene-

Der Milchpreis unter Druck

Preis in Rappen pro Kilogramm



Quelle: BLW/ Durchschnitt aller Milchsorten/Grafik: stb

ralsekretär beim Milchverarbeiter Cremo, sagt: «Eine solche ultimative Forderung ist nicht zielführend.» Auch die Verarbeiter seien unter Druck, betont er. Den Vorwurf, die Verarbeiter kassierten zu viel, weist er zurück. «Da muss ich fast schmunzeln», sagt Zwald. Cremo habe im letzten Jahr bei einem Umsatz von 510 Millionen Franken lediglich einen Reingewinn von 330 000 Franken erwirtschaftet. Von einer überhöhten Marge könne daher nicht die Rede sein. Zwald sagt zudem, es sei nicht ungewöhnlich, dass weniger als der Richtpreis ausbezahlt werde: «Dieser ist einzig Grundlage für die Preisverhandlungen zwi-

schen Produzenten und Verarbeitern, er bildet nicht die Marktrealität ab.»

Ähnlich klingt es bei anderen Milchverarbeitern. Hochdorf-Sprecher Christoph Hug versichert: «Wir waren und sind uns der Lage der Milchproduzenten bewusst.» Doch die Hochdorf-Gruppe könne keine vom Markt abgekoppelten Milchpreise bezahlen. «Daran ändert auch ein Ultimatum nichts», stellt er klar.

Der Luzerner Milchkonzern Emmi und die Migros versichern beide, sie erfüllten die Forderungen der Bauern bereits: Man halte den Richtpreis ein und mache lediglich «gerechtfertigte Abzüge» geltend. Zu einer Margenverbesserung habe der Schweizer Milchpreis in den letzten Jahren nicht geführt, heisst es bei Emmi.

Wie weiter in der Landwirtschaft?

Dass die Bauern diesmal nicht nach dem Staat rufen, dürfte jene Politiker freuen, die auf eine weitergehende Marktöffnung drängen. Diese Diskussion dürfte in den nächsten Jahren an Fahrt gewinnen. Der Luzerner FDP-Ständerat Damian Müller fordert nun vom Bundesrat einen Bericht, wie die Landwirtschaft «fit für die Zukunft» gemacht werden kann. Müller will noch diese Session einen Vorstoss einreichen. Der Bericht soll Szenarien aufzeigen, wie sich die Landwirtschaft an den Strukturwandel, die Digitalisierung und die «langfristig zu erwartende Marktliberalisierung im internationalen Wettbewerb» anpassen kann, fordert Müller. «Die Landwirtschaft kann sich nicht von heute auf morgen ändern», sagt er. «Längerfristig müssen wir aber klären, wie die Landwirtschaft aufgestellt sein soll.» Ob dabei auch der Grenzschutz abgebaut werden soll, sei eine offene Frage.

«Fünf Staatsstreiche in 46 Jahren»

Katar Saudi-Arabien setzt auf Eskalation: Während die USA und einige islamische Staaten im Streit um Katar vermitteln wollen, rufen saudische Staatsmedien zu einem Putsch im Emirat am Persischen Golf auf.

Mit einem Anflug von Sarkasmus haben arabische Kommentatoren auf die Ankündigung von Donald Trump reagiert, sich als Vermittler im Streit um Katar einzuschalten. Die Absichtserklärung des US-Präsidenten sei zwar lobenswert, sagte der Mitarbeiter eines Strategieinstitutes in Dubai, der ungenannt bleiben wollte. Allerdings könne man nicht davon ausgehen, dass Trump über genügend Insiderwissen sowie die notwendige Geduld verfüge, um den Dauerkonflikt zwischen Riad und Doha nachhaltig zu entschärfen.

Es sei Trump selbst gewesen, der während seines Besuchs in Riad mit seiner kritiklosen Unterstützung der saudischen Nahoststrategie die Herrschenden des Wüstenkönigreiches erst zu ihrem offensiven Vorgehen gegenüber Katar inspiriert habe, kommentierte ein europäischer Diplomat in Abu Dhabi die schwere Krise auf der Arabischen Halbinsel. Auch der milliarden-schwere Waffendeal mit Riad dürfte von den saudischen Emp-

fängern nicht als Signal zu einem friedlichen Dialog aufgefasst worden sein. Dennoch müssten jetzt alle Parteien den Bemühungen um Entspannung «zwischen Brüdern» eine Chance geben, forderte Sheikh Sabah al-Salim al Sabah. Der Emir von Kuwait bat die Herrschenden in Katar eindringlich darum, auf den saudischen Strafkatalog nicht mit Gegenmassnahmen zu antworten. Nur so könne eine weitere Eskalation verhindert werden.

Katar bemüht sich um Schadensbegrenzung

Dazu scheint Katar wohl auch bereit. Die Regenten des Emirats sind ganz offensichtlich um Schadensbegrenzung bemüht. Sie versuchen, wie dies das Königreich Bahrain getan hat und es von Riad anstrebt wird, möchte sich Katar freilich nicht. Das reichste Land der Welt kennt die Forderungen der Saudis seit langem: Es ist der vollständige Bruch mit der Muslimbrüderschaft, deren «islami-



Grafik: mop

sche Demokratie» von den Königen und Emiren in Bahrain, Riad und Abu Dhabi als existenzielle Bedrohung angesehen wird.

Zudem soll der Fernsehsender Al Jazeera nach saudischem Willen aufhören, über die «Aktivitäten von Staatsfeinden» zu berichten. Dieser Vorwurf richtet sich auch auf die Berichterstattung des international bekannten TV-Senders während des Arabischen Frühlings, als Al Jazeera in Echtzeit über die Proteste im Maghreb und auf der Arabischen

«Der sechste Coup ist wahrscheinlich.»

«Al Riyad»
Saudische Tageszeitung

Halbinsel berichtete. Im Kern geht es Riad um die totale Kontrolle der arabischen Medien.

Schon jetzt kontrollieren die Saudis die wichtigsten arabischen Tageszeitungen und – mit Ausnahme von Al Jazeera – alle grossen TV-Sender. Mit dem medialen Schutzwall soll eine negative Berichterstattung über das Königreich verhindert und gleichzeitig sichergestellt werden, dass das antiiranische Denken der Saudis in den Köpfen der meisten Araber nachhaltig manifestiert wird. Ein Ausgleich mit Grenz in den Augen Riads an Hochverrat. Kompromisslösungen mit Doha schliesst das saudische Königshaus im Moment zumindest aus. Diesen Eindruck gewinnt man zumindest nach einem Blick in die saudischen Staatsmedien. Unter der Überschrift «Fünf Staatsstreiche in 46 Jahren – der sechste Coup wahrscheinlich» ermunterte die vielgelesene Tageszeitung «Al Riyad» am Montag Mitglieder der katarischen Herr-

scherfamilie Al Thani zur Entmachtung des erst 34 Jahre alten Emir Tamin ibn Hamid al Thani. Ein einflussreicher Zweig der Al Thanis, behauptet das Blatt, hätte mit dem jungen Herrscher bereits gebrochen und bereite mit Unterstützung des Militärs einen Machtwechsel vor.

Es wäre nicht der erste, sondern der sechste Putsch in dem winzigen Emirat am Persischen Golf: 1995 hatte der Vater des amtierenden Emir seinen Vater abgesetzt, als sich dieser zu einem Gesundheitscheck in Genf aufhielt. Sein Amtsvorgänger war 1972, ein Jahr nach der Unabhängigkeit von Grossbritannien, an die Macht gekommen, nachdem er seinen Onkel aus dem Palast gejagt hatte. Die Machtwechsel in Doha verliefen – bislang – ohne Blutvergiessen.

Michael Wrase, Limassol

Hinweis

Mehr zur wirtschaftlichen Bedeutung Katars lesen Sie auf Seite 11.